

## Newsletter des Deutschen Behindertenrates 01/2022

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Newsletter begrüßen wir Sie im Jahr 2022. Schon ein voller Monat des neuen Jahres ging vorüber und wir, als DBR Sekretariat, können feststellen - der Start voller Tatendrang und Energie hat sich gelohnt. Treffen mit politischen Akteuren, wie etwa dem Bundesbehindertenbeauftragten, stehen bereits auf der Tagesordnung, der erste Arbeitsausschuss hat getagt und die Arbeiten in unseren Arbeitsgruppen wurden intensiv fortgesetzt.

Der Koalitionsvertrag ist für uns ein wichtiger Orientierungspunkt in der Arbeit. Aber der DBR wird auch seine eigenen Schwerpunkte setzen. Zur Frage, wie Menschen mit Behinderungen vor diskriminierenden Ausschlüssen geschützt werden können, wenn in der Pandemie nicht mehr genug Intensivbetten bereitstehen sollten (sog. Triage-situation), hat der DBR sich auf gemeinsame Basispositionen verständigt. Auch zur Barrierefreiheit sind wir am Ball, ob es um Arztpraxen, den Zugang zu audiovisuellen Medien oder den ÖPNV geht.

Das Jahr 2022 ist behindertenpolitisch mit viel Dynamik gestartet. Und wir sind sicher, es bleibt dynamisch. Und wir bleiben am Ball.

Herzlichst,

Ihr Fabian Müller-Zetsche

Koordinator des DBR-Arbeitsausschusses

### Neues aus der Arbeit des DBR

- Der DBR-Sprecherrat traf am 28. Januar 2022 den – bisherigen und künftigen - Bundesbehindertenbeauftragten Jürgen Dusel zu einem behindertenpolitischen Austausch. Ziel war, zu dem DBR wichtigen Themen für 2022 ins Gespräch zu kommen. Es ging etwa um Fragen der Triage, die Teilhabe am Arbeitsleben und um diverse Aspekte der Barrierefreiheit. Der gute und vertrauensvolle Austausch soll fortgesetzt werden.
- Der DBR hat übergreifende Basispositionen zur Umsetzung der [Triage-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts](#) erarbeitet. Der Gesetzgeber steht in der Pflicht, zeitnah zu handeln und die geforderten Schutzvorkehrungen für Menschen mit Behinderungen zu treffen. Der DBR fordert sehr klar, Triage-situationen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Zusätzlich braucht es inhaltliche und verfahrensseitige „Leitplanken“ für diskriminierungsfreie Entscheidungen in nicht mehr zu verhindernden Triage-situationen. Hierfür hat der DBR grundlegende Anforderungen benannt. Im Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium am 28. Januar 2022 hat der DBR seine Positionen dargelegt.
- Am 19.01.2022 tagte der erste Arbeitsausschuss des Jahres. Mit 17 Themenpunkten war die Tagesordnung sehr lang und es gab viel zu besprechen. Intensiv diskutiert wurden etwa der Koalitionsvertrag und die Triage-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Gemeinsam

wurden inhaltliche Bewertungen, aber auch mögliche Aktivitäten beratschlagt. Das DBR-Sekretariat hat nun die Aufgabe, die besprochenen Schritte anzugehen.

- Anfang Januar veröffentlichte der DBR einen Offenen Brief zur Umsetzung der „European Disability Act“ im 2. Medienänderungsstaatsvertrag. Denn die Barrierefreiheit beim Zugang zu audiovisuellen Medien hat noch große Defizite. Es gab bereits viel Unterstützung für den DBR-Brief aus den Ländern. Hier müssen die Verbände „dran“ bleiben, besonders auch in den Bundesländern.

## Aktuelles von wichtigen behindertenpolitischen Akteuren

- Am 27. Januar 2022 jährte sich zum 77. Male der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers in Auschwitz. Ein wichtiger Tag, um auch der Opfer der schrecklichen sog. „Euthanasie“-Verbrechen im Nationalsozialismus zu gedenken. Der Bundesbehindertenbeauftragte hat in einer [Rede](#) der Opfer gedacht und die rasche Anerkennung der Opfer der sog. Euthanasie gefordert.
- Die Bundestagsfraktionen haben inzwischen ihre Abgeordneten benannt, die für die Behindertenpolitik zuständig sein werden. Diese sind: Takis Mehmet Ali und Angelika Glöckner für die SPD-Fraktion, Wilfried Oellers für die CDU/CSU-Fraktion, Stephanie Aeffner und Corinna Rüffer für die grüne Bundestagsfraktion, Jens Beeck für die FDP und Sören Pellmann für die Fraktion DIE LINKE.
- Eine gute Nachricht für Menschen mit Behinderungen kommt vom [Bundesverwaltungsgericht](#): Der Anspruch auf Arbeitsassistenz endet nicht automatisch, weil man das Rentenalter erreicht hat! Ein blinder Mensch, selbstständig tätig, hatte geklagt, weil sein Kostenträger die Arbeitsassistenz nicht über das Renteneintrittsalter hinaus finanzieren wollte. Seine Klage war erfolgreich. Auch in einem zweiten, ähnlich gelagerten Fall entschied das Gericht im Sinne des blinden Klägers.
- Eine spannende [Publikation](#) hat das Deutsche Institut für Menschenrechte herausgebracht. Dort geht es um Behinderung und Alter. Die Berichterstatteerin der UN, Frau Devandas zeigt auf, dass ältere Menschen mit Beeinträchtigungen oft doppelt benachteiligt sind: aufgrund ihres Alters haben sie etwa nicht den gleichen Zugang zu Teilhabeleistungen und aufgrund ihrer Behinderung sind sie im Alter oft schlechter gestellt als Menschen ohne Behinderung.

## Presse- und Medienmitteilungen speziell zur Triage

- Der VdK begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Triage (28.12.21); lesen Sie mehr [hier](#).
- Die Lebenshilfe (28.12.21) fordert, der Gesetzgeber müsse unverzüglich handeln und begrüßt die Triage-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts; lesen Sie [hier](#) mehr.
- Die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention erklärt im [Interview](#), warum der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts für das Gesetzgebungsverfahren so bedeutsam ist.

- Das Netzwerk Artikel 3 sieht in der Triage-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ein „Stoppsschild gegenüber staatlicher Untätigkeit“ (28.12.21); lesen Sie dazu [hier](#) .
- Der Verband Sonderpädagogik (29.12.21) bewertet das Urteil des Verfassungsgerichts zum Triagieren als „Entscheidung kurz vor knapp“; lesen Sie mehr [hier](#).

## Weitere Hinweise und Informationen

- Der Bundestag hat eine einrichtungsbezogene Impfpflicht nach § 20a IFSG beschlossen. Die Abgrenzung, welche Personen von dieser Impfpflicht umfasst werden, ist alles andere als einfach. Das BMAS hat versucht, häufig auftretende Fragen dazu zu beantworten. Diese sog. FAQ zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht wurden veröffentlicht und sind [hier](#) einsehbar.
- Aus Anlass des diesjährigen Sehbehindertentages findet vom 1. bis 30. Juni ein bundesweiter Aktionsmonat statt. Der „Sehbehindertensonntag“ wird vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) gemeinsam mit vier Kooperationspartnern von Kirchenseite durchgeführt. Das Bündnis hat dafür eine umfangreiche Sammlung von Aktionsideen rund um das Thema „Kirche und Sehbehinderung“ veröffentlicht. Die Aktionen werden mit kostenlosen Materialien unterstützt. Mehr dazu erfahren Sie [hier](#).
- Am 15. Februar startet ein bemerkenswertes SoVD-Mitglied auf eine außergewöhnliche Tour: Nicolai Welke aus Behringen im Heidekreis wird zum „Grenzgänger“, durchreist Deutschland über grenz- und küstennahe Städte und wird auch zu Besuch bei unseren europäischen Nachbarn sein. Am 13. Mai möchte Welke wieder in Behringen sein. Größtenteils wird er versuchen, die unter dem Motto „Grenzgang für ein soziales Deutschland und Völkerverständigung“ stehende Reise per ÖPNV zu bewältigen. Ab 1. Februar können Sie Nicolai Welke als „Der Grenzonaut“ bei YouTube verfolgen.

## Weitere Presse- und Medienmitteilungen:

- Die VdK-Präsidentin kritisiert, dass das Bundessozialgericht Krankenversicherte mit wenig Geld benachteiligt. Der VdK legt Verfassungsbeschwerde gegen die geänderte Rechtsprechung zur „Genehmigungsfiktion“ ein; online einsehbar [hier](#) .
- SoVD.TV startete mit der zweiten Ausgabe des eigenen Politiktalks unter dem Titel „Quo vadis Behindertenpolitik?“ (07.01.2022). Online können Sie die Folge [hier](#) anschauen.
- ISL (26.01.22) informiert „Schlichtung gescheitert – Klage eingereicht“ und fordert, dass Menschen mit Behinderungen zu allen Zeiten mit der Bahn fahren können!“ Genaueres ist [hier](#) nachlesbar.
- Der Bundesverband Rehabilitation fordert einen einfachen Zugang zu Reha (17.01.22). Näheres lesen Sie [hier](#).
- Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft informiert mit ihrem Ratgeber zur Pflegeversicherung Menschen mit Demenz und Angehörigen. Der darin enthaltene „Leitfaden zur Pflegeversicherung“, gibt Informationen und Hilfe. Näheres [hier](#).

## Veröffentlichungen:

- Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR) hat den dritten Teilhabeverfahrensbericht veröffentlicht. Er ist [hier](#) online einsehbar.
- Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine neue Publikation in Leichter Sprache unter dem Titel „Die Rechte älterer Menschen mit Behinderungen“ veröffentlicht. Diese können Sie online [hier](#) lesen.
- Die Ergebnispräsentation der Studie "Digitalisierung und Medienbildung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der sexuellen Selbstbestimmung" wurde veröffentlicht und kann online [hier](#) abgerufen werden.
- Es gibt zudem eine neue Publikation des Kompetenzzentrums Öffentliche IT. Die Kurzstudie trägt den Titel „Für mehr Barrierefreiheit in der digitalen Verwaltung“ und kann online [hier](#) abgerufen werden.
- Zur Triage-Entscheidung des BVerfG hat BODY5 einen Bericht veröffentlicht. Wenn Sie mögen, finden Sie diesen [hier](#).

## Veranstaltungshinweise:

- Am 01.03.2022 findet das Projekt zur Umsetzungsbegleitung BTHG „Die neuen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben: Instrumente für die erfolgreiche Integration auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt?“ statt. Mehr Informationen erhalten Sie [hier](#).
- Die Inklusionsmesse Rheinland-Pfalz „INKLUSIVA“ 2022 findet am 02.09 und 03.09. unter dem Titel „Teilhabe für alle! Wie wollen wir 2030 zusammenleben?“ statt. Weitere Informationen zur Messe finden Sie online [hier](#).
- Der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung feiert am 5. Mai 2022 sein 30. Jubiläum. Sein Motto lautet „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel“. Weitere Informationen können Sie online [hier](#) einsehen.
- Der FCZB e.V. bietet Teilzeit-Weiterbildung für Frauen an, die den beruflichen Wiedereinstieg planen. Diese finden kostenfrei und online- ab dem 14.02.2022 statt. Mehr Informationen erhalten Sie [hier](#).

## Stellenhinweise

- Es wurden neue Stellen im DOSB-Inklusionsteam online [hier](#) veröffentlicht.
- Offene [Stellen](#) gilt es im Projekt „Empower Communities – für euer Netz ohne Hass“ zu besetzen, welches von LOVE-Storm initiiert und durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert wird.

Deutscher Behindertenrat (DBR)  
c/o SoVD Sozialverband Deutschland e.V.  
Stralauer Straße 63  
10179 Berlin

Telefon: +49 (0)30 726 222 – 126  
E-Mail: [info \[at\] deutscher-behindertenrat.de](mailto:info@deutscher-behindertenrat.de)  
Twitter: [www.twitter.com/dbr\\_info](https://www.twitter.com/dbr_info)  
Website: [www.deutscher-behindertenrat.de](http://www.deutscher-behindertenrat.de)

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält bzw. verlinkt auf externe Informationen und Inhalte von Dritten.  
Diese wurden nicht auf Barrierefreiheit geprüft.